Antrag zum Stadtverbandsparteitag am 26.03.2022

Sicherstellung der kommunalen Altenhilfe

Es möge der Parteitag des Stadtverbandes folgenden Beschluss fassen und diesen an den Rat der Stadt Hannover weiterleiten:

Die Umsetzung des vorliegenden Seniorenplanes der Stadt Hannover bedarf einer Erhöhung von Haushaltsmitteln.

Des Weiteren sind diese Mittel auch für die künftigen Jahre sicherzustellen. Die freiwillige kommunale Altenhilfe muss gleichberechtigt neben der Kinder- und Jugendhilfe im Haushalt verankert werden.

Begründung:

Die Kinder- und Jugendhilfe ist durch den Bund grundsätzlich im SGB VIII geregelt. Die von den Bundesländern erlassenen Ausführungsbestimmungen werden durch die Kommunen umgesetzt. Es handelt sich hierbei um Leistungsgesetze.

Anders sieht es hingegen im Bereich der kommunalen Altenhilfe aus. Da gilt es Erreichtes abzusichern und erforderliches Neues einzubauen. Zwanzig Jahre Niedriglohnsektor haben jetzt für jeden sichtbar ihre Spuren hinterlassen. Die Diskrepanz zwischen Arm und Reich hat zugenommen. Aufgrund der demografischen Entwicklung nimmt Jahr für Jahr nicht nur der Anteil der älteren MitbürgerInnen zu, sondern parallel auch der Anteil der Hilfebedürftigen, und das überproportional. Der bestehende Versorgungsengpass im ambulanten wie im stationären Pflegebereich wird ebenso drastisch zunehmen. Die kommunale Altenhilfe muss daher beständig ausgebaut und mit zunehmenden finanziellen Mitteln ausgestaltet werden. Geschieht dies nicht, wird dies zu sich ausbreitenden sozialen Verwerfungen führen. Die berechtigten Interessen der älteren MitbürgerInnen dürfen denen der jüngeren nicht nachstehen. Es betrifft die Generation derjenigen, die die Gegenwart ermöglicht haben. Deswegen fordern wir, die kommunale Altenhilfe gleichberechtigt neben der finanziell fest ausgestatteten Kinder- und Jugendhilfe im Haushalt der Stadt Hannover zu verankern.